

Niederschrift über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Gemeinderates

Sitzungstermin:	Donnerstag, 10.02.2022
Sitzungsbeginn:	18:37 Uhr
Sitzungsende:	20:40 Uhr
Ort, Raum:	in der Kulturhalle Heusweiler

Anwesend sind:

Als Vorsitzender:

Redelberger, Thomas, Bürgermeister

Ratsmitglieder:

Barth, Tobias	SPD
Bauer, Hartmut	CDU
Bernauer, Mark	CDU
Britz, Tim	SPD
Franke, Jörg	parteilos
Kaninke, Werner	AfD
Kiel, Johannes	CDU
Kopp, Pascal	FDP
Krebs, Ulrich	FDP
Lafontaine, Hans Gerhard	Bündnis 90/Die Grünen
Lesch, Bruno	CDU
Luksic, Oliver	FDP
Mailänder, Herbert	SPD
Michaelis, Friedrich	CDU
Monz-Schwarz, Katharina	GLN
Mund, Sascha	SPD
Näckel, Kilian	CDU
Neuhardt, Jörg	SPD
Reimann, Peter, Dr.	SPD
Roos, Denis	SPD
Ruloff, Harry	Bündnis 90/Die Grünen
Schmidt, Manfred	CDU
Schmidt, Stefan	SPD
Schwindling, Jörg	CDU
Steinrücken, Ulrich, Dr.	GLN
Trappmann, Claudia	SPD
Wachall, Richard	CDU
Woll, Peter	CDU
Zimmer, Reiner	SPD

Von der Verwaltung:

Mack, Ursula	bis TOP 13.4 / 20:37 Uhr
Nowack, Heike	bis TOP 13.4 / 20:37 Uhr
Ringe, Markus	
Thinnes, Klaus	bis TOP 13.4 / 20:37 Uhr

Von der Gemeindewerke Heusweiler GmbH:

Schramm, Torsten

bis TOP 13.4 / 20:37 Uhr

Schriftführerin:

Maurer, Marion

Entschuldigt fehlt/fehlen:

Blanckenhorn, Dirk	GLN Klimabunt
Hill, Hans-Kurt	GLN Klimabunt
Maas, Helmut	CDU
Meisberger, Patrik	CDU

Gemäß der Satzung über die Einrichtung einer Einwohnerfragestunde in den Ortsräten und im Gemeinderat der Gemeinde Heusweiler findet vor Eintritt in die Tagesordnung eine Einwohnerfragestunde statt, in der anwesenden Einwohnerinnen und Einwohnern die Gelegenheit gegeben wird, Fragen an die Verwaltung und die Ratsmitglieder zu richten (siehe Anlage). Im Anschluss daran findet die Sitzung statt.

Der Vorsitzende stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Gemeinderat beschlussfähig ist. Er eröffnet die Sitzung um 18:37 Uhr.

Änderungen zur Tagesordnung werden nicht gewünscht.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Annahme der Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates vom 16.12.2021 (öffentlicher Teil)
- 2 Bekanntmachung der Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 16.12.2021
- 3 Saarlandpaktgesetz (SPaktG) - Antrag auf Zuweisungen
Vorlage: BV/0021/22
- 4 Stellenplan 2022
Vorlage: BV/0015/22
- 5 1. Nachtragshaushaltssatzung für das Jahr 2022
Vorlage: BV/0175/21
- 6 Haushaltsvorberatungen mit Arbeitsgruppen gleichstellen - Initiativantrag von CDU- und SPD-Gemeinderatsfraktion
Vorlage: BV/0022/22
- 7 Wirtschaftsplan 2022 des Zweckverbandes eGo-Saar
Vorlage: BV/0010/22

- 8 Wirtschaftsplan des Zweckverbandes ÖPNV auf dem Gebiet des
Regionalverbandes Saarbrücken (ZPRS)
Vorlage: BV/0176/21
- 9 Wechsel des Vergabeverfahrens im Bereich Öffentlicher Personennahverkehr
(ÖPNV) vom Nettoprinzip auf Bruttonprinzip
Vorlage: BV/0177/21
- 10 Änderung der Richtlinien zum Plakatieren auf öffentlichen Straßen für politische
Zwecke im Vorfeld von Wahlen
Vorlage: BV/0006/22
- 11 Mitteilungen und Verschiedenes

Nichtöffentlicher Teil

- 12 Annahme der Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates vom 16.12.2021
(nichtöffentlicher Teil)
- 13 Mitteilungen und Verschiedenes
- 14 Personalangelegenheiten
- 14.1 Einstellung einer stellv. Leitung für die Kindertagesstätte Holz
Vorlage: BV/0019/22
- 14.2 Besetzung der Stellen mehrerer Reinigungskräfte (m/w/d)
Vorlage: BV/0025/22
- 14.3 Höhergruppierung von zwei Beschäftigten
Vorlage: BV/0005/22
- 14.4 Erhöhung des Arbeitszeitanteils einer Schulsekretärin
Vorlage: BV/0024/22

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

- zu 1 Annahme der Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates vom
16.12.2021 (öffentlicher Teil)**

Einstimmiger Beschluss:

„Die Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates vom 16.12.2021 (öffentlicher Teil) wird in der vorliegenden Fassung angenommen.“

- zu 2 Bekanntmachung der Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung des
Gemeinderates vom 16.12.2021**

Der Vorsitzende verliest nachfolgende Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 16.12.2021:

- Der Gemeinderat nimmt die Auftragsvergabe der Ökostromlieferung für die Straßenbeleuchtung und für die Liegenschaften für das Jahr 2022 zur Kenntnis.
- Der Gemeinderat stimmt der Auftragsvergabe an die Bauunternehmung Backes, Theley, für die Deckenerneuerung im Gemeindebezirk zu.
- Der Gemeinderat beschließt, die ausstehenden Abschlagszahlungen (allerdings mit den reduzierten Einheitswerten) auszugleichen.
- Herr Sebastian Janowski wird zum 01.02.2022 befristet für die Dauer von 2 Jahren als Beschäftigter eingestellt.
- Die Bewerber Christian Schillinger (Gärtner) und Raphael Baron (Forstwirt) sollen zum schnellstmöglichen Zeitpunkt als Vollzeitbeschäftigte für den Baubetriebshof eingestellt werden.
Als Ersatzkandidaten für die Stelle des Gärtners werden die Bewerber Andreas Seibert (1.) und Dierk Fehlhaber (2.) festgelegt.

zu 3 Saarlandpaktgesetz (SPaktG) - Antrag auf Zuweisungen
Vorlage: BV/0021/22

Der Vorsitzende erläutert den Sachverhalt.

Einstimmiger Beschluss:

„Der Gemeinderat beschließt, die Beantragung der Zuweisungen gemäß §§ 11 und 12 SPaktG für das Jahr 2022.

Die Zuwendungen werden gemäß dem Saarlandpaktgesetz zweckentsprechend für Investitionen verwendet.“

zu 4 Stellenplan 2022
Vorlage: BV/0015/22

Der Vorsitzende erteilt Herrn Ringe das Wort.

Dieser führt aus, dass der Stellenplan noch auf dem Modell von drei Fachbereichen basiere. Seit November 2021 sei die Verwaltung dabei die Umstellung auf vier Fachbereiche durchzuführen. Für die Stellvertretungen wurden interne Stellenausschreibungen erforderlich, bei denen man sich derzeit in der Endphase befinde. Die wesentlichen Änderungen im Stellenplan belaufen sich auf Anpassungen bei den Arbeitszeiten wie beispielsweise im Reinigungs- und Kita-Bereich. Ebenso habe man aktuelle Stellenbewertungen eingearbeitet. Diese seien extern vom Kommunalen Arbeitgeberverband bewertet worden. Für den Anbau der Grundschule Heusweiler und die Nachmittagsbetreuung in Holz wurden jeweils eine neue Stelle für eine Reinigungskraft geschaffen. Des Weiteren wurde, aufgrund zunehmender Aufgaben im Bereich des Ordnungsamtes, beim Fachbereich III eine neue Stelle in der Entgeltgruppe 6 in Teilzeit geschaffen. Ebenso habe man in der Kita in Holz laut den Vorgaben des Landesjugendamtes die Schaffung einer zusätzlichen Erzieherstelle mit eingeplant. Durch die Ausweitung der Tagesplätze

entstehe in der Kita Kutzhof zusätzlicher Personalbedarf für eine $\frac{3}{4}$ Stelle. Die Gemeinde expandiere weiter im Bereich Personal und die Gesamtzahl der ausgewiesenen Stelle steige von 179 auf 183. Zum 30. Juni 2021 waren 164 Stellen tatsächlich besetzt. Hierbei sei zu beachten, dass diese Zahl nicht die befristet Beschäftigten enthalte.

Der Vorsitzende verweist auf die Beschlussempfehlung des Personal- und Finanzausschusses vom 07.02.2022 und lässt hierüber abstimmen.

Einstimmiger Beschluss:

„Der Gemeinderat beschließt den vorliegenden Entwurf des Stellenplanes 2022 mit den im Sachverhalt dargelegten Änderungen für den Nachtragshaushalt.“

zu 5 1. Nachtragshaushaltssatzung für das Jahr 2022

Vorlage: BV/0175/21

Der Vorsitzende erteilt Frau Mack das Wort.

Diese erläutert den 1. Nachtragshaushalt wie folgt:

„Guten Abend, ich möchte zunächst kurz auf die Hauptgründe eingehen, die zur Aufstellung dieses Nachtragshaushalts geführt haben:

Wie Ihnen sicherlich allen bekannt sein dürfte, haben sich im Laufe des Jahres 2021 in vielen Bereichen wie beispielsweise bei Bauelementen, Holz, Metallen und Kunststoffen Material- und Lieferengpässe aufgetan, mit deren Auswirkungen wir immer noch zu kämpfen haben. Neben großen zeitlichen Verzögerungen bei der Umsetzung geplanter Maßnahmen schlagen hier insbesondere erhebliche Preisaufschläge zu Buche. Dies war bei Aufstellung des Doppelhaushalts 2021/2022 so nicht vorhersehbar und führt dazu, dass das ursprünglich geplante Kostenvolumen gerade bei den größeren Investitionsmaßnahmen gesprengt wird. Hinzu kommen teils beträchtliche Mehrkosten, die sich im Laufe des Baufortschritts ergeben haben. Allein für die beiden Projekte an den Grundschulen Heusweiler und Holz werden im Jahr 2022 zusätzliche Ermächtigungen von mehr als 1 Mio. Euro benötigt, um diese endgültig zum Abschluss bringen zu können. Zur Maßnahme in Heusweiler möchte ich an dieser Stelle noch kurz anmerken, dass der in den Erläuterungen zur Haushaltsplanung enthaltene Vorbehalt hinfällig ist. In der darin genannten Beschlussvorlage geht es um Mehrkosten, die voll-ständig im Jahr 2021 angefallen und daher nicht im Ansatz für das Jahr 2022 enthalten sind. Die Beschlussfassung über die Haushalte der Gemeinde obliegt dem Gemeinderat, für die Umsetzung der Maßnahmen ist dann die Gemeindeverwaltung verantwortlich. Dabei geht es nicht nur um aktuell geplante, sondern auch um die aus Vorjahren fortzuführende Projekte. Hier hat die Verwaltung zunehmend damit zu kämpfen, dass immer weniger Handwerksbetriebe und Fachunternehmen bereit sind, insbesondere kleinere Gewerke zu übernehmen und vor allem die erteilten Aufträge dann auch fristgerecht und ordnungsgemäß auszuführen. Zudem erschweren personelle und räumliche Engpässe in der Verwaltung eine zügige Umsetzung. In einem ersten Schritt soll daher noch in diesem Jahr ein fachgerechter Ausbau des Dachgeschosses im Rathaus erfolgen, um hier zusätzliche Büroräumlichkeiten zu schaffen. Der zweite Schritt einer weiteren personellen

Verstärkung sollte dann in den Folgejahren aber auch konsequent gegangen werden. Um der geschilderten Situation Rechnung zu tragen, werden im 1. Nachtrag 2022 verschiedene geplante Maßnahmen wie beispielsweise die Erweiterung des Baubetriebshofs zeitlich nach hinten geschoben. Bereits im Jahr 2020 wurden hier einzelne Arbeitsbereiche in das ehemalige Feuerwehrgerätehaus Heusweiler ausgelagert, um so den räumlichen Bedürfnissen halbwegs gerecht werden zu können. Die Fertigstellung der Erweiterungsmaßnahme ist nunmehr im Jahr 2024 beabsichtigt. Just diese Woche hat die Gemeinde hierfür einen Bewilligungsbescheid über eine Bedarfszuweisung in Höhe von 400.000 Euro erhalten. Ich werde daher die Erläuterungen zur Haushaltsplanung entsprechend anpassen. Weiteres Thema sind die sogenannten Verpflichtungsermächtigungen. Wie Sie alle wissen, gilt für den Haushalt der Grundsatz der „Jährlichkeit“. Es darf also im jeweiligen Haushaltsjahr immer nur der voraussichtliche Jahresbedarf veranschlagt werden. Manchmal ist es jedoch erforderlich, einen Gesamtauftrag zu erteilen, der über das aktuelle Jahr hinaus, indem wir ja die Ermächtigungen haben, auch für die Folgejahre noch mit Auszahlungen verbunden ist. Für diese Fälle kann die Gemeinde dann Verpflichtungsermächtigungen veranschlagen. Diese Verpflichtungsermächtigungen sind jedoch in ihrer Geltungsdauer begrenzt und enden mit Ablauf des Haushaltsjahres. Nur dann, wenn die Haushaltssatzung für das folgende Jahr noch nicht bekanntgemacht ist, gelten sie bis zur Bekanntmachung weiter. Die Gemeinde hat jedoch einen Doppelhaushalt für die Jahre 2021 und 2022 aufgestellt, somit sind die im Jahr 2021 veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen mit Ablauf des 31. Dezember 2021 verfallen. Sie müssen daher bedarfsgerecht in der Höhe neu veranschlagt werden, in der sie im Finanzplanungszeitraum 2023 bis 2025 zu Auszahlungen führen. Dies betrifft neben der Vergabe der neuen Drehleiter für den Löschbezirk Mitte auch die geplante Auftragsvergabe für die Errichtung einer neuen Kindertagesstätte im Ortsteil Eiweiler.

Der 1. Nachtrag 2022 weist für dieses Jahr nunmehr ein Investitionsvolumen von rund 5,5 Mio. Euro aus, wobei es sich im Wesentlichen um Auszahlungen für Baumaßnahmen handelt. Hiervon sollen knapp 50% durch geplante Investitionseinzahlungen von rund 2,6 Mio. Euro finanziert werden, die sich fast ausschließlich aus möglichen Zuwendungen im Rahmen verschiedener Förderprogramme zusammensetzen. Der verbleibende Saldo von rund 2,9 Mio. Euro kann größtenteils durch die bereits für das Jahr 2022 genehmigten Investitionskredite von rund 2,2 Mio. Euro gedeckt werden. Dank der aktuell guten Finanzlage der Gemeinde kann jedoch bis auf Weiteres auf die Aufnahme solcher Kredite verzichtet werden. Vielmehr ist für dieses Jahr sogar eine vorzeitige Tilgung bestehender Investitionskredite über die vorhandenen Finanzmittel geplant. Dies führt im aktuellen Jahr zu höheren Zins- und Tilgungsleistungen, die dann jedoch ab dem Jahr 2023 entsprechend geringer ausfallen werden. Darüber hinaus lässt sich hierdurch eine Reduzierung der aktuell zu zahlenden Verwarentgelte für Bankguthaben erreichen. Der Ergebnishaushalt im 1. Nachtrag 2022 zeichnet ebenfalls ein positives Bild. Durch die Fortschreibung der geplanten Steuererträge und Schlüsselzuweisungen auf Grundlage der neuen Orientierungsdaten für die Jahre 2022 bis 2025 verbessert sich die Ertragslage deutlich. Und auch die für dieses Jahr geplanten Aufwendungen reduzieren sich spürbar. Dies betrifft insbesondere die Regionalverbandsumlage. Die ursprüngliche Planung im Doppelhaushalt 2021/2022 beruht auf der Finanzplanung im Haushalt 2021 des Regionalverbandes. Zwischenzeitlich hat dieser den Haushalt für das Jahr 2022 beschlossen, der nun für die Gemeinde Heusweiler eine deutlich geringere Umlage ausweist. Für den

Finanzplanungszeitraum 2023 – 2025 wird dann allerdings erneut ein starker Anstieg prognostiziert, der sich hoffentlich bei Erstellung der künftigen Haushalte des Regionalverbands analog relativieren wird. Der Ergebnishaushalt schließt nun für das Jahr 2022 mit einem Plus von rd. 77.000 Euro ab. Im Doppelhaushalt 2021/2022 stand an dieser Stelle noch ein Defizit von rund 1,6 Mio. Euro! Und der Finanzhaushalt weist nunmehr einen positiven Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit von rund 2,1 Mio. Euro aus. Der Saarlandpakt rückt diese Wertgröße zur Beurteilung der Vorgaben für den Haushaltsausgleich in den Fokus. Sie dient als Ausgangspunkt für die Ermittlung des tatsächlichen und im Rahmen der Normalentwicklung auch des fiktiven strukturellen zahlungsbezogenen Ergebnisses. An dieser Stelle möchte ich darauf hinweisen, dass die Ihnen hierzu vorliegenden Anlagen einen Fehler in der Darstellung der Zahlen enthalten, den ich vor Erstellung des abschließenden Haushaltswerks noch entsprechend korrigieren werde. Bevor ich mit meinen Ausführungen zum Ende komme, muss ich noch einen Punkt hinsichtlich der sich anschließenden Beschlussfassung ansprechen: Ich hatte es leider nicht mehr auf dem Schirm, dass die Kommunalaufsicht gerne eine getrennte Abstimmung des Gemeinderates über Haushaltssatzung, Investitionsprogramm und Stellenplan hätte. Der Beschluss zum Stellenplan wurde ja vorhin bereits gefasst, es fehlt also noch ein Beschluss zum Investitionsprogramm. Meiner Ansicht nach handelt es sich hier um eine reine Anlage zum Haushaltsplan, das ist auch so in der Kommunalhaushaltsverordnung dargelegt, die eigentlich in der Formulierung des Beschluss-vorschlags der Verwaltung und der Beschlussempfehlung des Personal- und Finanzausschusses mit enthalten ist. Sofern aus Ihrer Sicht nichts dagegenspricht, würde ich daher vorschlagen, den heute Abend zu fassenden Beschluss wie folgt zu formulieren:

„Der Gemeinderat beschließt das Investitionsprogramm für die Jahre 2022 bis 2025 als Grundlage für die Finanzplanung im 1. Nachtragshaushalt für das Jahr 2022.

Der Gemeinderat beschließt die 1. Nachtragshaushaltssatzung für das Jahr 2022 mit dem Nachtragshaushaltsplan und seinen Anlagen.“

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“

Herr Manfred Schmidt nimmt für die CDU-Fraktion wie folgt Stellung zum 1. Nachtragshaushalt:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen,

in der Gemeinderatssitzung vom 29.04.2021 haben wir den Doppelhaushalt 2021/2022 beschlossen. Der damalige Entwurf hatte vor allem im Investitionsbereich etliche wichtige Maßnahmen beinhaltet. Die Fraktionen von CDU und SPD haben dann weitere Akzente gesetzt und zusätzliche Vorhaben in den Haushalt aufgenommen. Dafür gab es, ich darf daran erinnern, ein einstimmiges Votum des Rates. Ich gebe gerne zu, dass der damals aufgestellte Haushalt ambitioniert war. Aus diesem Grund hat die Verhandlungsrunde von CDU und SPD auch für die allermeisten Vorschläge der Verwaltung, Projekte um ein oder zwei Jahre nach hinten zu schieben, unseren Fraktionen Zustimmung empfohlen. Allerdings haben unsere Fraktionen wieder einige Punkte nach vorne gerückt. Es sind Maßnahmen die für uns, und da spreche ich für die CDU Fraktion, von hoher Priorität sind. Ich gehe im Folgenden auf die im Ansatzjahr von den Fraktionen geänderten Vorhaben ein.

Erwerb von Feuerwehrfahrzeugen

1. Die Anschaffung der Drehleiter ist hier die wichtigste und dringendste Investition überhaupt. Der Ansatz wurde von der Verwaltung auf die Jahre 2023/2024 festgelegt. Die Ausschreibung liegt vor und muss nun umgesetzt werden. Fahrgestell und Aufbau sind für die Jahre 2023/2024 im Haushalt vorgesehen.
2. Seit einiger Zeit wird versucht, ein TSF-W aus der Insolvenzmasse von Halberg-Guss zu erwerben. Dies soll auch weiterhin versucht werden. Allerdings wollen die Fraktionen von CDU und SPD für Lummerschied ein MLF ausschreiben, dass in den Jahren 2023/2024 beschafft werden soll. Die entsprechenden Mittel werden dafür bereitgestellt.
3. Sollte das TSF-W aus der Insolvenzmasse doch noch zu erwerben sein, kann es als Ersatz für das Fahrzeug des Löschbezirks Ost eingesetzt werden.
4. Bei der dritten Maßnahme im Bereich der Feuerwehrfahrzeuge legen wir als CDU Wert darauf, dass das 30 Jahre alte HLF des Löschbezirks Holz endlich durch ein neues Fahrzeug ersetzt wird. Eine weitere Verschiebung können wir nicht mittragen. Das Fahrzeug wird in diesem Jahr zur Ausschreibung gebracht.
Die entsprechenden Mittel für Fahrgestell und Aufbau haben die beiden Fraktionen nun für 2023 und 2024 vorgesehen.
5. Zusätzlich, und auch dies ist kein Luxus, werden 45.000 € für das Jahr 2022 in den Haushalt der Gemeinde eingestellt zur Anschaffung eines Kommandowagens. Hier ist die Anschaffung eines Leasingrückläufers, der zuvor bei der saarländischen Polizei im Einsatz war, vorgesehen. Erwähnt werden muss allerdings auch, dass sich die Wehrführung um die Abwicklung dieser Maßnahme kümmern muss.

Multifunktionsfeld an der Grundschule in Heusweiler

Beim Multifunktionsfeld der Grundschule Heusweiler wollen wir, dass, wenn möglich, ein Zugang für die Öffentlichkeit geschaffen wird. Ein Multifunktionsfeld nur für schulische Zwecke, das am Wochenende und in den späten Nachmittagsstunden der Wochentage nicht zur Verfügung steht macht im Grunde genommen keinen Sinn, zumal **nur** durch eine öffentliche Nutzung eine Fördermöglichkeit besteht, die die Kosten von rd. 160.000 € erheblich drücken würde.

Kita in Wahlschied

Bei der Kita in Wahlschied sehen wir nach wie vor die Notwendigkeit einer baulichen Veränderung um einen adäquaten Essensbereich für die Kinder schaffen zu können. Hier werden zu den 60.000 € Ermächtigungsübertragungen aus 2021 weitere 100.000 € eingestellt und die Verwaltung soll die Förderung für die Maßnahme beantragen.

Geplante Kita in Eiweiler

In Eiweiler sind für den Bau einer neuen Kita bisher Gesamtkosten von 5,77 Mio. veranschlagt. Da die Kita dringend notwendig und diese Zahl nicht mehr aktuell ist, werden nunmehr die Auszahlungen auf 6,6 Mio. erhöht. Die Maßnahme ist nicht nur für den Ortsteil Eiweiler wichtig, sondern wird insgesamt für etwas Entspannung im Kita Bereich sorgen.

Markt- und Festplätze

Hier werden die veranschlagten Mittel für 2024 gestrichen. Stattdessen werden im Ergebnishaushalt 6.000 € im Jahre 2022 veranschlagt. Damit sollen die vorhandenen Ruhebänke am Marktplatz im Frühjahr 2022 überarbeitet werden.

Dorfgemeinschaftshaus Holz

Die Umsetzung der Maßnahmen zur Barrierefreiheit des DGH Holz werden nicht nach 2024/2025 verschoben, sondern wieder um ein Jahr auf 2023/2024 vorgezogen. Die Mittel dafür werden angepasst auf 120.000 € in 2023 und 100.000 € in 2024. Im Ergebnishaushalt 2022 werden 50.000 € für die Konzepterstellung bereitgestellt. Die Maßnahme muss dringend angegangen werden um das Haus der gesamten Bevölkerung zugänglich machen zu können. Ich weise an dieser Stelle zum wiederholten Male darauf hin, dass das Holzer Dorfgemeinschaftshaus das einzige unserer Dorfgemeinschaftshäuser ist, das sich über mehrere Etagen erstreckt mit großem Saal in der ersten Etage und einem kleineren Saal in der zweiten Etage und dadurch für einen Teil der Menschen nicht nutzbar ist und dies auch zu geringeren Belegungszahlen führt. Ich weise auch, und auch dies nicht zum ersten Mal, darauf hin, dass in Artikel 9 der UN-Behindertenkonvention die Unterzeichnerstaaten verpflichtet werden, Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen den Zugang zu Einrichtungen und Diensten in städtischen und ländlichen Gebieten offen zu halten. Deshalb meine Bitte an die Verwaltung und an die noch zu benennenden Mitglieder der Projektgruppe, lasst uns dieses Projekt anpacken.

Öffentlicher Grillplatz in Wahlschied

Die Mittel für den sog. „öffentlichen Grillplatz“ die für das Jahr 2023 vorgesehen sind, werden auf die beiden Haushaltsjahre 2022 und 2023 verteilt. In 2022 werden 40.000 € und in 2023 36.000 € eingestellt.

Darüber hinaus bitten wir die Verwaltung darum, die Arbeitsgruppe Spielplatz sowie die Arbeitsgruppe Digitales bald wieder tagen zu lassen, da auch in diesen Bereichen Maßnahmen vorgesehen sind.

Schlussbemerkung

Als Vorsitzender der CDU Fraktion weiß ich, dass die Verwaltung viele Aufgaben zu bewältigen hat. Aus diesem Grund trägt die CDU von den vorgeschlagenen 18 Verschiebungen von Maßnahmen und Projekten auf spätere Jahre die allermeisten mit. Lediglich einige wenige Maßnahmen rücken wir wieder um jeweils ein Jahr nach vorne bzw. veranschlagen sie neu und dabei sind die Fahrzeuge der Feuerwehr mit eingerechnet. Zwei kleinere Maßnahmen, nämlich die Spielplätze in Heusweiler am Wohngebiet Schwimmbad und in Holz am Wohngebiet Sportplatz, rücken wir ein Jahr nach hinten. Die beiden Ortsverschönerungsmaßnahmen in Kirschhof (Pavillon und Rampe) mit der Umsetzung durch die Dorfgemeinschaft und einer 80-90%igen Förderung sowie in Lummerschied (Treppe, Beachvolleyballfeld, Barfußpfad) mit der Umsetzung durch die Interessengemeinschaft und ebenfalls einer 80-90%igen Förderung tragen wir mit und stellen die notwendigen Mittel in Höhe von 3.000 € (Kirschhof) und 19.000 € (Lummerschied) ein.

Ein herzliches Dankeschön dem Fritz Michaelis, meinem Fraktionskollegen, der mich unterstützt hat bei der Verhandlungsrunde mit den Kollegen von der SPD. Er bedankt sich bei Herrn Stefan Schmidt und Herrn Reiner Zimmer für die sachlichen Gespräche.“

Herr Stefan Schmidt äußert sich im Namen der SPD-Fraktion wie folgt:

„Sehr geehrte Damen und Herren, sehr verehrte Mitarbeiter der Verwaltung, Herr Bürgermeister, liebe Gäste,

Der Haushalt ist die wichtigste dem Rat übertragene Aufgabe für den Gemeinderat im Rahmen der Kommunalen Selbstverwaltung. Mehr noch als eine Aufgabe ist es

die Verpflichtung von uns allen gewählten Mitgliedern des Gemeinderates hier im Raum, sich intensive Gedanken über die zukünftige Entwicklung unserer aller Heimatgemeinde zu machen. Die Verhandlungsgruppe aus CDU und SPD kann mit Fug und Recht sagen, dass sie sich intensive Gedanken über die zukünftige Entwicklung unserer Gemeinde gemacht hat. Die zukünftige Finanzierung der wichtigsten Projekte in der Gemeinde Heusweiler ist die originäre Aufgabe des Gemeinderates, dem wir uns als SPD im Zusammenspiel mit der Verwaltung und mit allen anderen Fraktionen und Einzelmitgliedern nach den intensiven Beratungen zum Doppelhaushalt im vergangenen Jahr nunmehr mit diesem Nachtragshaushalt gerne wieder gestellt haben. Haben wir noch im vergangenen Sommer **einstimmig** den von den beiden großen Fraktionen CDU und SPD ausgehandelten Haushalt verabschiedet, so ist nun einigen aktuellen Entwicklungen Rechnung zu tragen im Rahmen dieses Nachtragshaushaltes. Ich werde später nochmals auf diese Notwendigkeiten zu sprechen kommen. Ich will in diesem Zusammenhang nochmals den einstimmigen Beschluss betonen, dies zeigt, dass die beiden Fraktionen, die den Haushalt ausgehandelt haben, die gesamte Gemeinde, verschiedene Interessen im Blick haben. Niemand konnte so viel meckern, dass er den Haushalt im vergangenen April nicht mitgetragen hätte. Dem Bürgermeister konnte man die Freude im Gesicht ansehen. Auf der anderen Seite steht unsere Gemeinde im Vergleich zu anderen außerordentlich gut dar. Andere Gemeinden bekommen erhebliche Sparauflagen von der Kommunalaufsicht gemacht, bei uns in Heusweiler zeigt sich, dass der Gemeinderat als zuständiger Haushaltsgesetzgeber und ihm übertragene Motor der Gemeinde in den vergangenen Jahren eine herausragende Arbeit gemacht hat. Man konnte dies in der Saarbrücker Zeitung entsprechend nachlesen. Herr Bürgermeister, Sie haben einen guten Gemeinderat mit vielen Persönlichkeiten, die sich profund und intensiv in die Materie einarbeiten. Als Beispiel neben weiteren folgenden will ich hier die Initiative meines Fraktionskollegen Reiner Zimmer nennen, der ein aktives Schuldenmanagement in unserer Gemeinde, gerade im Lichte des attraktiven Zinsniveaus angemahnt hat. Ich bin froh, dass der Personal- und Finanzausschuss nach Debatten diese Initiative mitgetragen hat, allein mit dem aktuellen Haushalt können so mindestens 18.000 Euro eingespart werden. Es zeigt sich also, dass der Gemeinderat und die Fraktionen ihre Hausaufgaben machen, insbesondere natürlich wenn die SPD-Fraktion daran beteiligt ist. So haben bei diesem Nachtragshaushalt auch - wie in den vergangenen Jahren - eine Arbeits-gruppe aus SPD und CDU in intensiven und vielfältigen Beratungen einen Vorschlag für den vorgelegten Doppelhaushalt in seiner Erweiterung im Nachtragshaushalt vorgelegt. An dieser Stelle einen großen Dank an die Kollegen der CDU-Fraktion, Manfred Schmidt und Fritz Michaelis. Zusammen haben wir in einer dick zweistelligen Stundenanzahl viele Dinge auf den Weg gebracht und unsererseits angeschoben. Ich will dabei betonen, dass keine der beiden Fraktionen ihr Programm pur durchbringen konnte. Ich will für die SPD-Fraktion aber auch betonen, dass der hier vorliegende Entwurf mehr ist als ein kleinster gemeinsamer Nenner, sondern der Nachtragshaushalt konkretisiert hier einerseits die im Doppelhaushalt einstimmig beschlossenen Vorschläge. Andererseits sind Maß-nahmen und Projekte vorhanden, die unsere Gemeinde insgesamt und in allen Ortsteilen nach vorne bringen werden. Mehr als der kleinste gemeinsame Nenner, darf ich behaupten. So haben sich SPD und CDU einstimmig darauf geeinigt beim Thema Bildung und der Attraktivität unserer kommunalen Bildungseinrichtungen ein Hauptaugenmerk zu setzen. So soll auf dem Gelände der Grundschule Dilsburg ein Multifunktionsspielfeld entstehen, hier sind wir als SPD gerne bereit einen Betrag von 160.000 Euro zu investieren.

Gemeinsam mit den Kollegen der CDU sind wir entgegen der Verwaltung der Meinung, dass dieses Multifunktions-spielfeld in den Randstunden, also wenn weder der Schulbetrieb, noch die Nachmittagsbetreuung dieses Feld nutzen, dieses der Öffentlichkeit, Kindern und Jugendlichen und Familien zur Verfügung stehen muss. Dies soll vornehmlich in den Zeiten unter der Woche nach 17 Uhr der Fall sein oder aber am Wochenende. Die SPD Fraktion sieht hier analog der Anlage in Holz eine Attraktivitäts-steigerung auch für die Öffentlichkeit. Zudem können wir durch eine öffentliche Nutzung in den Genuss von Mitteln aus der Städtebauförderung kommen, eine 2/3 Förderung durch das Land bedeutet hier einen Rückfluss eines sechsstelligen Betrages in den Haushalt der Gemeinde. Herr Bürgermeister, werte Verwaltung, darauf wollen wir nicht verzichten. Gut, dass wir eine Einigung auf öffentliche Nutzung mit den Kollegen der CDU erzielen konnten. Bei der geplanten Neubaumaßnahme der KITA in Eiweiler legen wir als Haushaltsgesetzgeber einen deutlichen Betrag drauf und steigern das Gesamtvolumen für diese Maßnahme von 5,7 Millionen Euro auf dann knapp unter 7 Millionen Euro. Ein deutlicher Fingerzeig für eine Aufwertung des Ortsteils Eiweiler, ein attraktives Bildungsangebot am Standort von der Krippe bis zur Grundschule. Und wir betonen hier: Vorrang für Bildung in unserer Gemeinde Heusweiler. Ein wesentlicher Bestand-teil des Nachtragshaushaltes nimmt auch den Bereich der Feuerwehr ein. An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an die Männer und Frauen, die ehren-amtlich für unser aller Sicherheit in der Gemeinde Heusweiler bereitstehen. Haben wir in den vergangenen Jahren einen Fokus gelegt auf die bauliche Verbesserung für eine zukünftige Wehr, so geht es nun vorrangig in diesem Nachtragshaushalt und den nachfolgenden Haushalten um das Fahrzeugkonzept der Feuerwehr Heusweiler. Auch hier konnten SPD und CDU entgegen der vorgelegten Pläne der Verwaltung deutliche Verbesserungen beschließen. Das vorgelegte Fahrzeug-konzept der Verwaltung sah einerseits vor, veraltete Fahrzeuge, wie zum Beispiel für den Löschbezirk Lummerschied oder aber in Holz erst gegen Ende des laufenden Jahrzehnts zu ersetzen. Das Fahrzeug in Holz ist heute schon 33 Jahre alt, hat damit seinen Nutzungszeitraum überschritten. Dramatisch wird der Blick auf die Drehleiter des Löschbezirks Mitte, da hierfür kein adäquater Ersatz in der Gemeinde Heusweiler bereitsteht. Dies schafft auch Luft in den kommenden Haushalten, insbesondere mit Blick auf das Ende des laufenden Jahrzehntes, da nun eine bessere Verteilung der Mittel heute beschlossen wird. Zusammen haben wir mit den Kollegen der CDU und in langen Beratungen mit der Wehrführung also erreicht, Mittel und Wege zur Verfügung zu stellen, die Fahrzeuge weitaus früher anzuschaffen. Darüber hinaus kaufen wir zusätzlich einen neuen Kommandowagen für die Wehrführung, ich denke dies tut als Kommunikations- und Koordinationszentrale Not bei Einsätzen. Hierfür stehen nun 45.000 Euro im Haushalt bereit. Dies hat aber nicht nur mit der Verwaltung der Gemeinde Heusweiler zu tun, ich fordere an dieser Stelle die Entscheidungsträger der saarländischen Landesregierung – insbesondere im Innenministerium auf – eine bessere Koordinierung in Form einer zentralen Beschaffung von Feuerwehrein-satzfahrzeugen zu schaffen. Dies könnte einfach gelöst werden, wenn im Innen-ministerium eine entsprechende Stabs- oder Koordinierungsstelle eingerichtet wird. Wir hoffen, dass ein neuer Innenminister bzw. eine neue Innenministerin dies nach der Landtagswahl endlich angeht. Von den Rahmenbedingungen her trägt dieser Doppelhaushalt aber auch den aktuellen wirtschaftlichen Entwicklungen in unserem Land Geltung. Jeder Privatmann erlebt derzeit bei einigen Vorhaben und im eigenen Portemonnaie die kräftigen Baukosten-steigerungen und längere Bautätigkeiten. Hier haben wir sehr viel Verständnis dafür, wenn diese Entwicklung, die überall zu

spüren ist, nicht vor Projekten in der Gemeinde Heusweiler Halt macht. Wir sind auch gerne bereit, Maßnahmen die die Gemeinde vorgeschlagen hat, nach hinten zu schieben. Jedoch ist es auch Aufgabe des Gemeinderates darauf zu achten, dass die von uns vorangetriebenen Projekte, die beschlossen und finanziert sind, es geht um das Geld der Steuerzahler, schneller und effizienter vorangetrieben werden. Wir stehen hier zu Ihrer Entscheidung, Herr Bürgermeister, wieder auf vier Fachbereiche zu gehen, positiv gegenüber. Schön, dass sie hier das Rad wieder zurückdrehen, was wir damals als SPD kritisiert hatten, als sie von 4 auf zwei Fachbereiche reduziert haben. Ich hoffe, dass Sie die vorgestellte Organisationsreform zügig umsetzen und mit dem deutlichen Personalaufwuchs, den wir als SPD immer mitgetragen haben, deutlich besser und effizienter werden. Es sei hier beispielhaft die Bebauung des Sportplatzes in Holz genannt, die sich sichtlich hingezogen hat. Dies hat leider dazu geführt, sehr geehrter Herr Bürgermeister, dass die Interessenten für Baugrundstücke, dies sind vor allem junge Familien, nicht mehr in den Genuss des Baukindergeldes kommen konnten. Da ist die Frist im vergangenen Jahr, im Januar 2021 verstrichen. Eine weitere wichtige Wegmarke ist in diesem Jahr, im Januar 2022 verstrichen. Die gleichen Familien, die nach wie vor auf einen Bauplatz warten, kommen nun auch nicht mehr in den Fördergenuss nach KFW 55. Also eine weitere Verteuerung, abermals im vierstelligen Bereich. Hinzu kommen an dieser Stelle die erwähnten Baukostensteigerungen, die diese Familien auch tragen müssen. Hoffentlich kann sich da die ein oder andere Familie noch den Traum vom Eigenheim realisieren. Die SPD hofft, dass mit dem Januar 2023 und folgende nicht weitere Fristen verstreichen. Dies steht unserer Gemeinde nicht gut zu Gesicht. Ich denke, wir müssen hier alle miteinander erheblich besser werden. Einen weiteren Bereich will ich nur kurz skizzieren, im Bereich der Betreuungsplätze erleben wir einen deutlichen Mangel in unserer Gemeinde. Seit der vergangenen Kommunalwahl hat sich hier leider nicht substantiell viel getan, man muss kein Prophet sein, wenn man sagt, dass auch im Jahr 2022 kein Platz hinzukommen wird und dann ist die Legislatur des aktuellen Gemeinderates wieder fast vorbei. Schön, dass der Schwesternverband in der Schillerstraße mit Abrissarbeiten in dieser Woche begonnen hat. Der vorliegende Entwurf des Nachtragshaushaltes sieht aber auch die Problematik im Baubereich, die ich zuvor angesprochen habe. CDU und SPD reagieren darauf mit mehr Qualität denn Quantität im vorliegenden Entwurf. Als Beispiel will ich den geplanten Ausbau der Photovoltaikanlage im Barbara-Ensemble in Kutzhof ansprechen. Die Maßnahme müssen wir angehen, rechtlich im Sinne der Energieeinspeiseverordnung öffentlicher Gebäude, aber auch um aktiv etwas für den Klimaschutz zu tun in unserer Gemeinde. Allein mit einer Photovoltaikanlage auf dem Dach ist es unserer Meinung nach hier nicht getan. Wir stellen daher 75.000 Euro bereit, damit ein dreifach erhöhter Faktor, um ein Gesamtkonzept hier in Kutzhof anzugehen. Wir müssen das Projekt ganzheitlich denken, nicht nur Photovoltaik auf dem Dach, sondern auch den Speicher und die Ladestation für die Bürgerinnen und Bürger gleich mitbedenken. So geht fortschrittliche Politik. Dafür sind wir gerne bereit, uns die Zeit zu nehmen, die Maßnahme ordentlich zu planen. Hier zeigen wir auch, dass wir bereit sind, Dinge entsprechend nach hinten zu verschieben, obwohl sie eigentlich wichtig sind. Wir dürfen Sie aber auch loben, Herr Bürgermeister, die finanziellen Möglichkeiten der Gemeinde steigen. Wir haben darauf hingewiesen und das ist natürlich auch ein Zusammenspiel von Verwaltung und Rat und dafür ein Dank der SPD. Es gelingt uns als Gemeinde mit dem vorliegenden, guten Haushaltsentwurf – nicht nur im Doppelhaushalt, sondern auch hier im Nachtragshaushalt - unseren Bestand zu halten und zukunfts-fest für

die kommenden Jahre zu machen. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, der aktuelle Haushaltsentwurf zeigt in vielen Bereichen, diese vorgestellten Investitionen zur Fortentwicklung unserer Gemeinde in den Ortsteilen, die wir gerne mittragen und dies mit einer klar sozialdemokratischen Handschrift. Wir stehen zu all dem, was wir sagen.

Vor allem auch mit der Umsetzung der wegweisenden Anträge der SPD-Fraktion im vergangenen Jahr, zur baulichen Veränderung, ich habe darauf hingewiesen, hat sich die Gemeinde gut entwickelt. Wir sind eine attraktive Wohngemeinde, verkehrsgünstig gelegen im Herzen des Saarlandes. Zusammenfassend darf ich feststellen, dass die SPD deshalb dem vorliegenden Haushaltsentwurf zum Nachtragshaushalt 2022 zustimmen wird. Wir bedankt uns nochmals bei allen Kolleginnen und Kollegen, bei den Mitarbeitern der Verwaltung, die immer zur Verfügung gestanden haben und ihre geleistete Arbeit und der konstruktiven Zusammenarbeit während der vergangenen Verhandlungen. Vielen Dank!“

Im Namen der FDP-Fraktion nimmt Herr Krebs wie folgt Stellung:

„Danke Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, meine beiden Vorredner sind sehr ausführlich auf sehr viele Details dieses Entwurfes zum Nachtragshaushalt 2022 eingegangen. Ich werde mich dazu deutlich kürzer fassen. Über die Gründe, warum es einen Nachtragshaushalt gibt und geben muss, hat Frau Mack sich ausführlich geäußert, dazu will ich nichts weiter sagen, diese Gründe sind zwingend. Wenn wir uns den Entwurf anschauen, dann finden wir zentral die Maßnahmen im Investitionsbereich. Hier möchte ich hauptsächlich nennen, die Anschaffung neuer Fahrzeuge für die freiwilligen Feuerwehren in unserer Gemeinde, das heißt für die freiwilligen Feuerwehren in den verschiedenen Löschbezirken, um präzise zu sein. Wir finden prioritär das Dorfgemeinschaftshaus in Holz, wo die Sanierung abgeschlossen werden soll und insbesondere, darüber freue ich mich als Schwerbehinderter und Gehbehinderter besonders, die Barrierefreiheit hergestellt werden soll. Der Entwurf der Verwaltung modifiziert durch die beiden großen Fraktionen aus SPD und CDU, die sich mal wieder unter Ausschluss der kleinen Fraktionen und Einzelmitgliedern zusammengesetzt haben, habe insbesondere Investitionen im Grundschulbereich vorgesehen, speziell natürlich in Holz und Dilsburg incl. des schon genannten Multifunktionsfeldes, dessen Verwendung am Nachmittag und am Wochenende für die Öffentlichkeit wir ausdrücklich begrüßen und natürlich, und darüber freut sich die FDP-Fraktion besonders, im Bereich der Kindertagesstätten. Hier ist natürlich ganz speziell der Neubau einer Kindertagesstätte im Ortsteil Eiweiler zu nennen. Es sei mir gestattet anzumerken, dass diese Einrichtung schon längst stehen könnte, wenn der Gemeinderat 2017/2018 dem FDP-Antrag gefolgt wäre. Das ist schade, das ist vergeudete Zeit, nicht mehr zu ändern, verschüttete Milch. Ich möchte an dieser Stelle insbesondere Frau Mack und ihrem Team danken, für die gewaltige Arbeit, die in jedem Haushaltsentwurf steckt, auch wenn er hier dieses Jahr nur ein etwas kleinerer Nachtragshaushalt ist und erkläre, dass die FDP-Fraktion diesem Nachtragshaushalt zustimmen wird.“

Herr Dr. Steinrücken nimmt im Namen der GLN-Fraktion Stellung zum 1. Nachtragshaushalt 2022:

„Ausgangspunkt des Nachtragshaushaltes sind Notwendigkeiten, denen zu folgen ist. Die beiden großen Fraktionen haben hier viele Stunden darüber gebrütet und

haben ein solides Werk abgeliefert. Dafür erst einmal vielen Dank. Auch den Dank an die Verwaltung, dass sie das alles so immer genau nachgerechnet hat, wenn wir Fragen hatten. Allein in diesem Jahr gab es drei PFA-Sitzungen und Frau Mack war gut beschäftigt in dieser Zeit mit den ganzen Wünschen und Anfragen, die in diesen Sitzungen dann gekommen sind. Vielen Dank. Im Grunde ist aus Sicht der GLN-Fraktion der vorgelegte Nachtragshaushalt solide durch-dacht und an den Erfordernissen ausgerichtet. Wenn diese ganze Planung so umgesetzt wird, dann sollten wir den Mitarbeitern im Rathaus allerdings eine Prämie auszahlen, denn die Umsetzung wird ihnen viel abverlangen. Nicht nur die Ausrüstung der Wehren, Neubau/Umbau der Kindergärten, all das was dort kommt, soll betreut und in dem vorgeschlagenen Zeitfenster auch umgesetzt werden. Dies wird eine große Herausforderung auch für die Verwaltung sein. Aber so ist die Arbeitsteilung, der Rat stellt das Geld und die Verwaltung macht in diesem Fall dann die Arbeit. Der Bürgermeister entscheidet darüber, über den Stellenplan letztendlich, wie viele Arbeitskräfte er hierfür benötigt und der Rat muss überlegen, jawohl das Geld stellen wir zur Verfügung oder nicht. Die gleiche Arbeitsteilung gilt eigentlich auch für die Wehren, weswegen ich hier so ein bisschen grübele. Eigentlich hätte die Wehrführung doch diesen Vorschlag mit den Fahrzeugen, wann was zu machen ist, vorlegen müssen und wir hätten eigentlich nur im Rat überlegen müssen, ja das Geld haben wir und damit ist es gut. Tatsächlich wurde dort viel mehr geleistet, was vielleicht gar nicht unbedingt so notwendig gewesen wäre. Aber Hauptsache die Heusweiler Wehren sind gut und sicher ausgerüstet und der Schutz für die Bevölkerung ist da. Wir haben Zuwendungen an die Dorfgemeinschaften hier im Haushalt, zwar nur gering, aber doch in nicht zu verachtender Höhe beschlossen und hierbei geht es um Projekte in den Ortsteilen. Das ist durchaus als positives Signal zu sehen, ein Anreiz in einer Flächenkommune, sich auch in den Dörfern, die etwas abseits liegen, sich einzubringen und etwas zu tun, was die Attraktivität der Gemeinde aufwertet. Hier ein Dank an die Bürger für ihr Engagement und auch an alle, die das mittragen. Zu diesen ganzen Baumaßnahmen, die wir heute beschlossen haben, Volumen 5,5 Mio. €, komme aber auch alles, was noch abgeschlossen werden muss. Hier ist der Hochwasserschutz in Berschweiler, aus unserer Sicht, an erster Stelle zu nennen. Es ist nicht nur gut, dass die Baumaßnahme endlich angefangen wird, er ist gleichzeitig ein Mahnmal dafür, dass wir den Hochwasserschutz in der Finanz-planung als Daueraufgabe einberechnen müssen. Im Haushalt vorgesehen waren ursprünglich, für das Jahr 2022 7.500 € für den Hochwasserschutz in Obersalbach. Diese sind verlegt worden auf 2023. Im gleichen Jahr, in dem die Saarbahn durch das Hochwasser fuhr, der Keller der Bahnhofsapotheke volllief, der Baumarkt haarscharf an einer Katastrophe vorbei schrammte und zahlreiche Privatpersonen Schäden im Zentrum von Heusweiler hatten, stand auch ein Teil von Obersalbach durch Abfluss aus den umliegenden Hängen unter Wasser. In Eiweiler, von wo die Wassermassen kamen und das ebenfalls durch das Hochwasser zu Schaden kam, wird nun ein Sandfang, kein Rückhaltebecken gebaut, um weitere Folgeschäden zu vermeiden. In Niedersalbach stehen Mittel zur Verfügung, um den Salbach zu renaturieren und den Retentionsraum zu erhöhen. Aber was ist mit Obersalbach-Kurhof. Dadurch, dass wir dort kein Geld zur Verfügung stellen, erledigt sich das Problem dort nicht. Überhaupt ist der ganze Westen des Gebietes ja bisher überhaupt gar nicht beplant. Man habe keine Karten zur Gefahrenabschätzung und dergleichen, wenn es um Hochwasser geht. Ich kann durchaus verstehen, dass man jetzt zum Beispiel das Becken am Rödelbach nicht in die mittelfristige Finanzplanung mitaufgenommen hat. Bei Antragszeiten von sieben Jahren, so lange hat es gedauert bis Berschweiler

gebaut wird, sind wir aus der mittelfristigen Finanzplanung draußen. Wir sollten nicht vergessen, dass ursprünglich sieben Becken geplant waren, von denen wir nun eines errichten. Auch hier sind wir letztendlich was Hochwasserschutz betrifft, noch in einer Bringschuld. Der vorgelegte Nachtragshaushalt aus unserer Sicht, viel Licht aber auch einen tiefen Schatten. Aber vielleicht haben die Bürger in Obersalbach und im Bereich des Rödelbach und Wahlbach ja Glück in den nächsten Jahren. Wir müssen an dieses Thema ran. Das wird auch die GLN-Fraktion in die Hand nehmen. Ansonsten werden wir dem Nachtragshaushalt zustimmen, ebenso wie wir dem Stellenplan zugestimmt haben. Dankeschön.“

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, bedankt sich der Vorsitzende im Namen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die vielen lobenden Worte. Gemeinsam mit dem Rat habe man in den vergangenen Jahren sehr gute Arbeit geleistet.

Herr Manfred Schmidt hat ein schlechtes Gewissen, da man sich als CDU-Fraktion nicht bei Frau Mack bedankt habe und spricht ihr und allen Mitarbeitern der Verwaltung herzlichen Dank aus.

Herr Zimmer stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, dass der Bürgermeister seitens der SPD-Fraktion und wie er hoffe, auch mit der Unterstützung aller Kolleginnen und Kollegen im Rat, aufgefordert werde, die Saarbrücker Zeitung (SZ) anzuschreiben und dies auch beim Saarländischen Rundfunk publik zu machen, dass er, als ehrenamtlich tätiger Mensch, es als Verletzung seiner Person empfinde, wenn die Saarbrücker Zeitung noch nicht einmal bei Haushaltsberatungen es schaffe, einen Presseberichterstatter zu entsenden. Er wisse, dass Herr Dittgen erkrankt sei, aber das Unternehmen verfüge ja über weitere Mitarbeiter. Es führe jede ehrenamtliche Tätigkeit ad absurdum, wenn die SZ, als der größte Berichterstatter im Saarland, bei wichtigen Themen wie Kindergärten, Feuerwehren nicht informiere. Dies könne mit den Unterschriften der Fraktionsvorsitzenden entsprechend weitergeleitet werden, um den Unmut zu verdeutlichen und bittet daher um entsprechende Unterstützung.

Der Vorsitzende könne dies teilen und sei gerne bereit, ein entsprechendes Schreiben aufzusetzen und weiterzuleiten. Er denke jedoch, dass dies nicht viel bewirken werde. In einem Artikel zur interkommunalen Zusammenarbeit, wurde aufgeführt, dass die Auflösung des Zweckverbandes „Naturnahes Köllertal“ erfolgt sei, da die Gemeinden nicht auf einen gemeinsamen Nenner gekommen seien. Nach Hinweis auf die schlechte Recherche, habe der Verfasser, Herr Klostermann, sinngemäß geantwortet, dass es ihn immer interessiere, wenn Kommunen Gebilde, die vom Land auf den Weg gebracht würden, nicht so toll fänden. Vielleicht sei es sinnvoller, dies wolle er mit den Kollegen von Riegelsberg und Püttlingen abstimmen, Herrn Reuter oder einen Vertreter aus Saarbrücken in die Räte einzuladen. Dies würde zumindest eine Reaktion erfordern.

Einstimmiger Beschluss:

„Der Gemeinderat beschließt das Investitionsprogramm für die Jahre 2022 bis 2025 als Grundlage für die Finanzplanung im 1. Nachtragshaushalt für das Jahr 2022.“

Einstimmiger Beschluss:

„Der Gemeinderat beschließt die 1. Nachtragshaushaltssatzung für das Jahr 2022 mit dem Nachtragshaushaltsplan und seinen Anlagen.“

zu 6 Haushaltsvorberatungen mit Arbeitsgruppen gleichstellen - Initiativantrag von CDU- und SPD-Gemeinderatsfraktion Vorlage: BV/0022/22

Herr Dr. Reimann merkt an, dass die Aufwandsentschädigungen mit Aufwand, Verantwortung und Ertrag nicht im Verhältnis stehen würden. Er finde es gut, dass man in den letzten Jahren bei Arbeitsgruppen nachgesteuert habe. Daher wolle man mit diesem Antrag, bei einem Arbeitskreis nachsteuern, der sich intensiv mit dem Haushalt beschäftige, was sehr arbeitsintensiv sei. Man habe allein bei den drei Personal- und Finanzausschusssitzungen knapp 8 Stunden lang beraten. Dazu komme natürlich noch die Vor- und Nachbereitung, die Fraktionssitzungen zur Abstimmung mit den Kollegen sowie die Arbeitsgruppe, die rund 15 Stunden am Wochenende und abends getagt habe. Deshalb wolle man die Arbeit auch honorieren und die Aufwendungen entschädigen. Den Vorschlag von Herrn Ringe, dies in der Geschäftsordnung entsprechend zu verankern, finde man gut und werde es mittragen. Die SPD würde sich über breite Zustimmung freuen.

Herr Bernauer könne sich seinem Vorredner nur anschließen und möchte zu denken geben, dass die kleinen Fraktionen und Einzelratsmitglieder nicht an den Beratungen teilnehmen. Natürlich wäre dies sein demokratischer Wunsch, halte es aber für nicht praktikabel. In den Haushaltsvorbereitungen würden Punkte beraten, die bereits demokratisch in den einzelnen Ausschüssen, Arbeitskreisen, Räten und Ortsräten beschlossen wurden, so dass jeder habe mitwirken können. Es gehe hier um eine kleine Anerkennung für die eingebrachte Arbeit und das Engagement der Mitwirkenden in der Haushaltsvorbereitung. Die CDU-Fraktion könne dem Antrag zustimmen.

Herr Dr. Steinrücken glaube, dass eine Entlohnung bzw. irgendein Entgegenkommen angebracht erscheinen. Eine Arbeitsgruppe bedeute jedoch, dass alle Fraktionen und Einzelpersonen teilnehmen sollten. Dann stelle sich die Frage, ob die Beratung noch so effektiv sein werde, wenn 10-13 Personen teilnehmen, wie im Personal- und Finanzausschuss vertreten. Vielleicht benötige man andere Entscheidungs- bzw. Moderationstechniken, um schnell Kompromisse bei Abstimmungen zu finden. Aus Sicht der GLN-Fraktion könne man dies auf den Weg bringen, bedeute aber, dass die anderen Fraktionen auch mit an Bord seien.

Herr Kiel führt aus, der Vorschlag laute nicht die Haushaltsberatungen als Arbeitsgruppen zu führen, sondern die Haushaltsberatungen analog zur Vergütung zu Arbeitsgruppen zu honorieren. Dies sei ein Unterschied. Haushaltsberatungen seien mehrheitliche Beratungen, einer Mehrheit im Rat, die sich gefunden habe, um entsprechende Haushaltsvorschläge zu unterbreiten. Wenn andere Fraktion die Meinung vertreten, sie wollen einen Parallelhaushalt aufstellen, oder andere Konstellationen haushaltstechnisch abbilden, stehe es jeder Fraktion in jeder Konstellation offen, sich dementsprechend zu Beratungen zu einem anderen Alternativhaushalt zusammensetzen. Dies wäre dann genauso zu honorieren, wie die Konstellation die man hier habe.

Herr Krebs findet die Äußerung „daran teilzunehmen, steht Ihnen frei“ für irreführend. CDU und SPD hätten, seit er Mitglied des Rates sei (seit 2004), bei jeder Haushaltsberatung alle anderen ausgeschlossen und nur zu zweit diskutiert, beraten und entschieden. Versuche anderer Fraktionen irgendetwas in diese Abwägung einzubringen oder herauszunehmen, sei schlicht und ergreifend unmöglich. Daher dürfe nicht der Eindruck erweckt werden, dass es eine offene Veranstaltung sei. Er gebe zu bedenken, wenn dieser Beschluss heute Abend wirklich getroffen werde bzw. die Geschäftsordnung diesbezüglich geändert werde, man künftig die Situation habe, dass die CDU und SPD mit je zwei Mitgliedern beraten und die kleinen Fraktionen bzw. die Einzelratsmitglieder mit $3 \times 2 + 1 + 1 = 8$ Mitgliedern beraten, anstatt wie bisher die kleinen Fraktionen das überwiegend für sich getan haben. Im Ergebnis habe man 12 Personen, die Sitzungsgeld kassieren und im Personal- und Finanzausschuss sei man mit 13 Personen. Er frage sich, was dies für einen Sinn mache.

Herr Dr. Steinrücken merkt an, Herr Krebs habe dies auf den Punkt gebracht. Er sehe dies aus demokratischer Sicht sehr kritisch. Daher werde die GLN-Fraktion dem Antrag nicht zustimmen.

Herr Dr. Reimann führt aus, dass man irritiert sein könne. Er habe schon miterlebt, dass Herr Hill geäußert habe, die beiden großen Fraktionen sollten den Haushalt durchdiskutieren, dann hätten es die kleinen Fraktionen einfacher. Dies habe er seinerzeit als Arbeitsauftrag verstanden. Vielleicht sollte damit begonnen werden, dass die kleinen Fraktionen in Sitzung des Personal- und Finanzausschusses anwesend seien und sich mit Wortmeldungen und Änderungsanträgen aktiv einbringen.

Herr Lafontaine denkt, bei allem was Recht sei, so pauschal sollte dies nicht geäußert werden.

Herr Dr. Steinrücken wisse nicht, was dieser Wadenbeißer in Richtung der kleinen Fraktionen sollte. Fakt sei, dass jeder einmal krank sein könne und die kleinen Fraktionen weniger Personal zum Nachrücken zur Verfügung hätten. Hinzu komme, dass man sich noch immer in einer Pandemie befinde. Er bitte darum, sachlich zu bleiben.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt der Vorsitzende über die mehrheitliche Beschlussempfehlung des Personal- und Finanzausschusses abstimmen. Im Anschluss erfolge die Abstimmung über die Änderung der Geschäftsordnung.

Beschluss mit 22 Ja-Stimmen (10 CDU/10 SPD/2 Bündnis 90/Die Grünen) und 5 Nein-Stimmen (2 GLN/3 FDP) bei 2 Stimmenthaltungen (1 AfD/ 1 parteiloses Ratsmitglied):

„Der Gemeinderat beschließt, die Sitzungen zur Vorberatung des Haushaltes als Sitzungen von Arbeitsgruppen in die Vergütungsregelungen des Gemeinderates aufzunehmen.“

Es folgt die Abstimmung zur entsprechenden Änderung der Geschäftsordnung:

Beschluss mit 24 Ja-Stimmen (10 CDU/10 SPD/2 Bündnis 90/Die Grünen/ 1 AfD und 1 parteiloses Mitglied) bei 5 Nein-Stimmen (2 GLN/3 FDP):

Der Gemeinderat beschließt, § 19 der Geschäftsordnung des Gemeinderates nach Satz 5 wie folgt zu ergänzen:

„Hierunter fallen auch fraktionsübergreifende Haushaltsklausuren, bei denen bis zu 2 Mitglieder einer jeweiligen Fraktion sitzungsgeldberechtigt sind.“

zu 7 Wirtschaftsplan 2022 des Zweckverbandes eGo-Saar
Vorlage: BV/0010/22

Der Vorsitzende erteilt Herrn Ringe das Wort.

Dieser führt aus, dass der eGo-Saar vor großen Umstrukturierungen stehe, was im Regionalforum 2020 vorgestellt worden sei. Im vergangenen Wirtschaftsplan 2021 sei der Stellenplan entsprechend um zusätzliche Stellen erweitert worden. Unter anderem sei auch vorgesehen, die Geschäftsführung künftig mit einer Doppel-spitze umzusetzen. Im aktuellen Wirtschaftsplan habe sich der Stellenplan nicht geändert und es würden auch keine neuen Stellen ausgewiesen. Der eGo-Saar habe aktuell 27 Stellen, von denen 18 besetzt seien. Im IT-Bereich und in der öffentlich-rechtlichen Tarifstruktur hätte dieser ebenfalls unter dem Fachkräfte-mangel zu leiden. Aktuell sei, dass der eGo-Saar ab 1. Januar 2022 einen zweiten Geschäftsführer, zunächst kommissarisch, an Bord habe. Hierbei handle es sich um Herrn Thomas Haböck, der das Breitbandbüro und den Glasfaserausbau im Saarland geleitet habe. Es sei zu hoffen, dass dann auch die weiteren Fachkräfte im Projektmanagement entsprechend besetzt werden können. Der Wirtschaftsplan des eGo-Saar selbst, weise in diesem Jahr eine schwarze Null aus, wonach ein Überschuss in Höhe von 22.000 € erzielt werde. Während in 2020 noch ein Verlust von 112.000 € verzeichnet und in 2021 ein Verlust von ca. 50.000 € im Plan vorgesehen war. Die Thematik sei, dass beim eGo-Saar ein wichtiger Bau-stein des Online-Zugangsgesetzes bestehe, welches die Behörden verpflichtet, Dienstleistungen künftig elektronisch und digital abzubilden. Des Weiteren seien einheitliche Fachverfahren vorgesehen, so werde beispielsweise das Einwohnermeldesystem (Meso) auf eine neue Plattform umgestellt, die dann zentral beim eGo betrieben werden solle. Ebenso sei seit der letzten Bundestagswahl der Wahlmanager, dies sei ein Fachverfahren für die Durchführung von Wahlen, im Einsatz und soll bei der kommenden Landtagswahl genutzt werden. Dies seien sehr wichtige Dinge, die eine Kommune allein nicht mehr bewältigen könne und es Sinn mache, diese Aufgaben von besonderer Bedeutung, im großen Verbund entsprechend anzugehen. Die größte Position, im aktuellen Wirtschaftsplan, sei der Gigabitpakt Schulen Saar. Hier habe das saarländische Unternehmen inxio den Zuschlag erhalten, um die Schulen entsprechend mit Glasfaser auszustatten. Hier seien 21 Mio. € Fördermittel in diesem Jahr vorgesehen. Dies sei das größte Einzelprojekt des eGo-Saar, wovon auch die Gemeinde Heusweiler profitieren werde. Seitens der Verwaltung werde empfohlen, dem Wirtschaftsplan des eGo-Saar zuzustimmen.

Herr Zimmer spricht den Ausbau durch die Deutsche Glasfaser an, was relativ flächendeckend erfolgen solle. Es gebe jedoch den ein oder anderen weißen Fleck, wie beispielsweise das Gewerbegebiet in Wahlschied. Hier würden Preise

aufgerufen, so dass sich keiner anschließen werde. Vielleicht könne sich der eGo-Saar hierum kümmern.

Der Vorsitzende hält fest, dass er dies im nichtöffentlichen Teil ansprechen wolle. Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, verweist er auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Personal- und Finanzausschusses und lässt hierüber abstimmen.

Einstimmiger Beschluss:

„Der Gemeinderat stimmt dem als Anlage beigefügten Wirtschaftsplan 2022 des Zweckverbandes eGo-Saar zu. Der Bürgermeister wird ermächtigt, in der Verbandversammlung des Zweckverbandes eGo-Saar dem Wirtschaftsplan 2022 zuzustimmen.“

(Herr Barth war während der Abstimmung abwesend.)

**zu 8 Wirtschaftsplan des Zweckverbandes ÖPNV auf dem Gebiet des Regionalverbandes Saarbrücken (ZPRS)
Vorlage: BV/0176/21**

Der Vorsitzende erteilt Herrn Thinnes das Wort.

Dieser erläutert einige Eckdaten zum Wirtschaftsplan wie folgt: Die Aufwendungen belaufen sich auf 4.107.900 € und die Erträge auf 4.052.600 €. Die Differenz in Höhe von 55.300 € werde durch eine Entnahme aus der allgemeinen Rücklage gedeckt.

Die Aufwendungen teilen sich auf in	
Verkehrsleistungen	3.613.900 €
Zuwendungen an die Landeshauptstadt (Saarbahn)	332.000 €
Kosten für den Verwaltungsverband	160.000 €
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.000 €.
Die Erträge gliedern sich auf in	
Frequenzvereinbarungen /Städte und Gemeinden)	3.217.700 €
Fördermittel	832.900 €
Sonstige Erträge	2.000 €
Summe der Erträge aus gewöhl. Geschäftstätigkeit	4.052.600 €.

Die Umlage für die Verbandsmitglieder betrage in 2022 100.000 €. Der Anteil der Gemeinde, der sich am Anteil der Bevölkerung bemesse, belaufe sich auf 12.160 €. Wie der beigefügten Auflistung entnommen werden könne, würden sich die Zuschüsse der Gemeinde Heusweiler für 2022 auf 593.800 € belaufen. Zurzeit stehen für die Gemeinde Heusweiler zwei Neuvergaben an: Dies sei zum einen das Linienbündel E und das Linienbündel A. Alle anderen verkehrlichen Leistungen hätten noch eine Vertragslaufzeit von mindestens fünf Jahren, so dass hierdurch eine finanzielle Kalkulierbarkeit für die Gemeinde in den nächsten Jahren bestehe.

Der Vorsitzende verweist auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Bau- und Verkehrsausschusses und lässt hierüber abstimmen.

Einstimmiger Beschluss:

Der Bürgermeister wird ermächtigt, in der Verbandsversammlung des ZPRS wie folgt abzustimmen:

„Dem vorgelegten Entwurf des Wirtschaftsplanes des Zweckverbandes ÖPNV auf dem Gebiet des Regionalverbandes Saarbrücken (ZPRS) für das Jahr 2022 wird zugestimmt.“

zu 9 Wechsel des Vergabeverfahrens im Bereich Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) vom Nettoprinzip auf Bruttoprinzip Vorlage: BV/0177/21

Der Vorsitzende erläutert ausführlich den Wechsel des Vergabeverfahrens vom Netto- zum Bruttoprinzip, um hierdurch stabilere Preisangebote erhalten zu können. Er verweist auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Bau- und Verkehrsausschusses und lässt hierüber abstimmen.

Einstimmiger Beschluss:

„Der Gemeinderat stimmt der Umstellung des Vergabeverfahrens im Bereich des Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) vom Nettoprinzip auf Bruttoprinzip zu.“

zu 10 Änderung der Richtlinien zum Plakatieren auf öffentlichen Straßen für politische Zwecke im Vorfeld von Wahlen Vorlage: BV/0006/22

Der Vorsitzende erläutert, dass eine Diskussion aus dem Ortsrat Wahlschied und eine Beschlussempfehlung aus dem Ortsrat Holz zum Anlass genommen wurden, dem Rat diese Vorlage zu unterbreiten. Die Angelegenheit sei im Personal- und Finanzausschuss vorberaten worden. Dieser habe die einstimmige Beschlussempfehlung ausgesprochen, aktuell keine Änderung der derzeitigen Regelung vorzunehmen.

Herr Stefan Schmidt merkt an, die SPD-Fraktion sei offen, allein schon aus Umweltgesichtspunkten, nochmals nachzusteuern. Es werde jedoch gesehen, dass es hierfür keine Mehrheit gebe. Daher regt er an, den Antrag zurückzustellen und die Erfahrung aus der Landtagswahl abzuwarten. Das Ordnungsamt könne, aufgrund der gewonnenen Erfahrungen, die Sachlage erläutern und eventuell erneut zur Diskussion stellen.

Der Vorsitzende schlägt vor, die Vorlage zu beschließen, da die Thematik jederzeit erneut aufgerufen werden könne. Er denke, es obliege den Parteien die Handhabung zu besprechen. Es sollte eine überschaubare und durchführbare Lösung sein.

Herr Manfred Schmidt äußert, dass er bereits in der Personal- und Finanzausschusssitzung vorgeschlagen habe, sich im Kreise der Fraktionsvorsitzenden zusammen zu setzen, um eine Nachsteuerung über die Art und Menge der Plakate zu diskutieren.

Herr Lafontaine teilt mit, Bündnis 90/Die Grünen werde sich den Äußerungen anschließen.

Herr Dr. Steinrücken teilt mit, dass seitens der GLN-Fraktion kein Bedarf zur Änderung der Richtlinien gesehen werde. Alles was vorgeschlagen und im Personal- und Finanzausschuss diskutiert worden sei, führe nicht zur Stärkung der Demokratie, sondern dazu, dass demokratische Prozesse abgewürgt würden. Dem werde die GLN-Fraktion nicht zustimmen.

Der Vorsitzende regt an, dass seitens der Parteien in die Ortsräte getragen werde, dass es sich hierbei um eine Aufgabe des Gemeinderates handle. Sollten entsprechende Interessen seitens der Ortsräte bestehen, sollte dies auf Gemeindeverbands- oder Parteiebene an die Ratsmitglieder herangetragen werden.

Herr Zimmer merkt an, dass der Ortsrat diesen Beschluss so nicht gefasst habe. Er habe, nach Rücksprache mit dem Hauptamtsleiter, Herrn Ringe, den Antrag nur weitergeleitet, da man als Ortsrat nicht zuständig sei. Er habe diesen Antrag eigentlich nicht beraten.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt der Vorsitzende über die Beschlussempfehlung des Personal- und Finanzausschusses abstimmen.

Einstimmiger Beschluss bei 1 Stimmenthaltung (SPD):

„Der Gemeinderat beschließt, aktuell keine Änderung der derzeitigen Regelung vorzunehmen.“

zu 11 Mitteilungen und Verschiedenes

zu 11.1 Erfrischungsgelder für Wahlhelfer

Herr Kaninke spricht die Erfrischungsgelder für Wahlhelfer in Höhe von 35 € an und fragt, ob dieser Betrag neu sei.

Herr Thinnes merkt an, dass der Betrag erstmalig bei der Bundestagswahl in 2021 angepasst und den Haushaltsmitteln entsprechend berücksichtigt worden sei.

zu 11.2 Mitteilung des Innenministeriums

Herr Zimmer informiert, am heutigen Abend sei seitens der Landesregierung verkündet worden, dass aus der Plananlage des Neubaus der Feuerweherschule in Homburg noch 12 Mio. € übrig seien, die vom Innenminister zum Ersatz von 30 Feuerwehrautos im Land genutzt werden sollen, da die Struktur der Fahrzeuge teilweise so schlecht sei. Er bezieht sich auf den maroden Zustand des Feuerwehrfahrzeuges in Holz und schlägt vor, die Verwaltung solle sich entsprechend erkundigen.

Der Vorsitzende bedankt sich bei Herrn Zimmer für den Hinweis.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:10 Uhr und fährt nach Herstellung der Nichtöffentlichkeit mit der Tagesordnung fort.